

Jubelnde Firmen, frustrierte Verbraucher – wem dieses Entlastungspaket wirklich hilft

Welt, 10.11.2023, Philipp Vetter, Daniel Wetzel

Die Bundesregierung entlastet Teile der Wirtschaft erheblich von Energiekosten. Das „Strompreispaket“ löst in der Industrie aber nicht nur Begeisterung aus – ganz zu schweigen von den Verbraucherschützern. Auch im Regierungstrio Habeck, Scholz, Lindner gibt es einen klaren Verlierer.

Viele Industrie- und Wirtschaftsverbände haben positiv auf die von der Bundesregierung geplanten Entlastungen von den hohen Energiekosten reagiert. „Das Strompreispaket der Bundesregierung bringt dringend notwendige Entlastungen für Unternehmen und ist ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Wettbewerbsfähigkeit“, lobt Tanja Gönner, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Es gab allerdings auch Kritik, insbesondere aus den besonders energieintensiven Branchen.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) und Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatten sich am Donnerstag auf mehrere Maßnahmen zur Senkung der Strompreise für das produzierende Gewerbe geeinigt. Unter anderem wird die Stromsteuer für diese Betriebe massiv gesenkt. Statt 1,54 Cent pro Kilowattstunde wird in Zukunft nur noch der europäische Mindestsatz von 0,05 Cent fällig. Wegen dieser Maßnahme müssen die Haushälter der Bundesregierung im kommenden Jahr mit einer Mindereinnahme von 2,75 Milliarden Euro rechnen.

Ein Wermutstropfen bleibt: Private Verbraucher zahlen die Steuer weiter wie bisher. Mit ihrem Entlastungspaket rettet die Bundesregierung zwar Arbeitsplätze in Deutschland, schützt die Verbraucher aber nicht vor einer hohen Stromrechnung. Eine Chance, die von Klimaschützern gewünschte Elektrifizierung des Verbrauchs voranzutreiben, wurde so nicht genutzt. „Es wäre konsequenter gewesen, die Stromsteuer-Senkung nicht allein auf das produzierende Gewerbe zu beschränken“, kritisierte Kerstin Andreae, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW): „So würden auch umweltfreundliche Technologien wie beispielsweise die Elektromobilität wettbewerbsfähiger gegenüber fossilen Energieträgern wie Heizöl, Benzin oder Diesel.“

„Für die Verbraucher wird die Mehrwertsteuer auf Gas und Wärme vorzeitig erhöht und die Einführung des Klimagelds lässt auf sich warten“, kritisierte die Chefin des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (VZBV) Ramona Pop gegenüber WELT. Neben dem Wachstumschancengesetz gebe es nun „noch eine Entlastung bei der Stromsteuer exklusiv nur für Unternehmen“. Verbraucher seien hingegen weiterhin von hohen Strompreisen betroffen. „Die Regierung muss deshalb die Stromsteuer auch für die privaten Haushalte auf das europäische Minimum senken“, forderte Pop. „Verbraucher dürfen nicht vergessen werden, wenn es um Entlastungen bei den Energiepreisen geht.“

Die Bundesregierung hatte zuletzt erkennbar versucht, die Verbraucher zum Umstieg auf elektrisch betriebene Autos und Wärmepumpen zu veranlassen. Wegen des hohen Strompreisniveaus stieß sie damit nur auf begrenztes Interesse. Die

Abschaffung der EEG-Umlage hatte private Verbraucher zuletzt nur zum Teil für den Anstieg der Stromkosten kompensiert, die der Emissionshandel und der russische Angriffskrieg ausgelöst hatte.

Das Entlastungspaket für die Industrie, das jetzt ausgehandelt wurde, soll zum Teil aus dem Steuerhaushalt, zum Teil aus dem Klimafonds KTF finanziert werden, der aus den CO₂-Abgaben der Verbraucher gespeist wird. Ob die KTF-Mittel künftig noch ausreichen, den Verbrauchern zum Ausgleich der CO₂-Abgaben regelmäßig ein angemessenes „Klimageld“ auszus zahlen, ist mit den neuen Ausgabenbeschlüssen noch einmal unwahrscheinlicher geworden.

Neben der Senkung der Stromsteuer profitieren die 350 besonders energieintensiven Konzerne in Deutschland von Verbesserungen bei der Strompreiskompensation, die Betriebe für hohe CO₂-Abgaben entschädigt. Zuvor hatte die Bundesregierung bereits einen Zuschuss zu den Netzentgelten in Höhe von 5,5 Milliarden Euro beschlossen, der Bürgern und Unternehmen zugutekam. Einschließlich der Abschaffung der EEG-Umlage fallen die Stromabgaben dadurch in kommenden Jahr um zwölf Milliarden Euro, hieß es in Regierungskreisen. Eine Bäckerei mit einem Stromverbrauch von zwei Millionen Kilowattstunden im Jahr könnte so um 30.000 Euro entlastet werden. Eine große Aluminium-Schmelze mit fünf Terawattstunden Stromverbrauch um bis zu 250 Millionen Euro. Die Aluminium-Industrie hatte wegen der hohen Strompreise in Deutschland zuletzt schon ihre Produktion deutlich eingeschränkt.

„Alle Maßnahmen sind im Rahmen der Schuldenbremse finanziert“, kommentierte Finanzminister Lindner: „Das Strompreispaket ist ein weiterer Baustein, um die deutsche Wirtschaft auf einen nachhaltigen Erfolgspfad zu führen.“ Gewerkschaften reagierten jedoch zurückhaltend: „Das Maßnahmenbündel beantwortet die Zukunftsfragen der besonders energieintensiven Industrien noch nicht umfassend“, erklärte der Vorsitzende der Industriegewerkschaft IGBCE, Michael Vassiliadis.

Zwar gebe es nun die Sicherheit, dass bestehende Entlastungsregeln nicht auslaufen. „Eine nachhaltige Senkung der Strompreise für die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen wird durch die vorgestellten Maßnahmen jedoch nicht erreicht.“ Dass Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck „auf der Basis des nun vorgelegten Pakets ab 2025 einen Strompreis von unter sechs Cent pro Kilowattstunde für die energieintensiven Industrien in Aussicht stellt, nehmen wir zur Kenntnis“, sagte Vassiliadis.

Durchgesetzt haben sich mit der nun beschlossenen Lösung Bundeskanzler Scholz und Finanzminister Lindner. Wirtschaftsminister Habeck hatte im Mai einen sogenannten „Brückenstrompreis“ gefordert, bei dem der Staat den Strompreis für die energieintensive Industrie auf sechs Cent pro Kilowattstunde festsetzt und die Differenz zum Marktpreis zahlt. Auch die SPD-Bundestagsfraktion hatte eine solche Lösung gefordert und sich damit gegen den Kanzler gestellt. Lindner hatte einen subventionierten Industriestrompreis abgelehnt und stattdessen schon früh eine Senkung der Stromsteuer und eine Verlängerung des Spitzenlastausgleichs vorgeschlagen.

Habeck lehnte diese Maßnahmen zwar zuletzt nicht mehr ab, verwies allerdings stets darauf, dass für die energieintensiven Unternehmen die Stromsteuer bereits gesenkt sei. Das Problem nicht wettbewerbsfähiger Strompreise werde daher durch Lindners Vorschlag nicht gelöst. Davon war am Donnerstag nun keine Rede mehr – zumindest in der Ampel-Regierung.

Insbesondere in der FDP war der Jubel darüber groß, die eigene Position durchgesetzt zu haben. Der energiepolitische Sprecher der Liberalen im Bundestag, Michael Kruse, sprach von einem „Befreiungsschlag für die Wirtschaft“. „Als Freie Demokraten werden wir weiter daran arbeiten, die Energieversorgung in Deutschland durch eine Ausweitung des Angebots zu stabilisieren und die Energiepreise so zu senken“, sagte Kruse. „Die heutigen Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung, als Nächstes steht die Ausweitung des Energieangebots an.“ Aus Kreisen von Lindners Finanzministerium hieß es, man habe mit dem nun vorgelegten Paket dafür gesorgt, dass „auf unkalkulierbar teure Preissubventionen“ verzichtet werde.

Die Opposition ist hingegen wenig begeistert: „Robert Habeck hat über Monate der Industrie Entlastungen vorgegaukelt und am Ende nur eine Mogelpackung geliefert“, kritisierte Tilman Kuban, der für die CDU im Wirtschaftsausschuss des Bundestages sitzt, gegenüber WELT. „Mit diesem Paket werden Chemie-, Stahl-, Kupfer oder Glasindustrie nicht weiter am Standort Deutschland investieren und die Arbeitsplätze sichern, sondern Investitionen im Ausland tätigen. Die Bundesregierung hat wieder mal eine Chance verpasst.“

Auch in den besonders betroffenen Branchen hielt sich die Begeisterung über die angekündigten Maßnahmen der Bundesregierung in Grenzen. Das Energiepaket löse nur einen Teil der Probleme, teilte unter anderem der Verband der Chemischen Industrie (VCI) mit. „Die beschlossenen Maßnahmen erhalten nur den Status quo. Sie bringen keine zusätzlichen Entlastungen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen verbessern“, sagte VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup. „Die dringend benötigte kurzfristige Brücke für energieintensive Unternehmen und damit der energiepolitische Befreiungsschlag bleiben leider aus.“ Die Maßnahmen würden den Wettbewerbsnachteil im Vergleich mit Regionen wie China oder den USA „nicht spürbar reduzieren“.

Beim Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie begrüßte man die Senkung der Stromsteuer zwar als „überfällig“. „Es gibt aber auch viel Schatten in der heute endlich bekannt gewordenen Einigung“, sagte Uwe Mazura, Hauptgeschäftsführer des Textil-Verbandes. „Damit ist das Pflänzchen ‚Brückenstrompreis‘ leider bereits verkümmert, bevor es überhaupt das Licht der Welt erblickt hat. Die Unternehmen des energieintensiven industriellen Mittelstands bleiben damit den teilweise unvorhergesehenen Schwankungen der europäischen Strombörsen weiterhin ausgeliefert.“